

Kasachstan-Koalition
c/o Aktion Finanzplatz Schweiz
Drahtzugstrasse 28
CH-4057 Basel
afp@aktionfinanzplatz.ch
www.aktionfinanzplatz.ch

I.E.
Frau Bundesrätin
Micheline Calmy-Rey
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
3003 Bern

Basel, 31. August 2005

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

Dürfen wir Sie auf einen Fall hinweisen, der unseres Erachtens eine Intervention der Schweiz verlangt.

Die Kasachstan-Koalition, die aus verschiedenen NGO's aus der Schweiz und Kasachstan besteht, ist 2005 gegründet worden, um kasachisches Geld, das gegenwärtig auf Schweizer Bankkonten blockiert ist, nach Kasachstan zurückzubringen.

Seit 1998 sind rund 120 Mio US-Dollar auf Genfer Bankkonten gesperrt, die hohen Funktionären aus Kasachstan und dem kasachischen Finanzministerium gehören. Dabei handelt es sich um vermutete Bestechungsgelder, die während eines Erdöldeals mit Hilfe eines US-Zwischenhändlers zwischen US-Multis und Kasachstan gezahlt wurden. Der Zwischenhändler steht mittlerweile in den USA wegen Korruption fremder Amtsträger und anderer Delikte vor Gericht. Das Gericht hat die Einziehung der Gelder zugunsten des US-Finanzministeriums vorgeschlagen. Der nächste Gerichtstermin ist erst auf Januar 2006 anberaومت.

In seiner Antwort auf eine einfache Anfrage von Nationalrat Remo Gysin (04.1093) zu dieser Angelegenheit hat der Bundesrat am 25.8.2004 erklärt, er könne sich nicht in laufende Gerichtsverfahren einmischen, unterstütze aber «das von den schweizerischen Behörden im Einvernehmen mit den ausländischen Partnern geplante Vorgehen, welches gerade vermeiden will, dass allfällige an hohe kasachische Verantwortliche bezahlte Bestechungsgelder irgendwelchen betrügerischen Funktionären zugute kommen.»

Die Kasachstan-Koalition unterstützt diesen Grundsatz und bittet Sie um Informationen über die jüngste Entwicklung, falls die Schweizer Delegation den Fall während ihres Besuchs in Kasachstan im Juni 2005 mit den kasachischen Behörden diskutiert hat oder falls irgendwelche Fortschritte erzielt worden sind.

Wir sind der Meinung, dass die Gelder nicht von den US-Behörden eingezogen werden sollten. Diese Gelder wurden von den betreffenden Erdölgesellschaften als Bestandteil der Kaufsumme für die Ölförderrechte ausbezahlt, aber unrechtmässig abgezweigt. Deshalb gehören sie dem kasachischen Volk und sollten ins Ursprungsland zurückgeführt werden, wo sie zur Unterstützung von Institutionen der sich entwickelnden Zivilgesellschaft und zur Förderung der Meinungsäusserungsfreiheit eingesetzt werden sollten.

Wir möchten Sie deshalb bitten, in zweierlei Hinsicht tätig zu werden.

1. Bei den US-Behörden in entsprechendem Sinne vorstellig zu werden und die Position plausibel zu machen, dass das Geld bei einem allfälligen Gerichtsurteil nicht eingezogen sondern nach Kasachstan zurückgeführt werden sollte.
2. Um das Ziel zu erreichen, dass nicht die korrupten Amtsträger von einer Rückführung profitieren, sollte ein Fonds unter unabhängiger Aufsicht errichtet werden. Dieses Verfahren ist in den letzten Jahren mehrmals angewandt worden; als ein Beispiel möchten wir auf den Fall des ehemaligen peruanischen Geheimdienstchefs Vladimiro Montesinos hinweisen, bei dem betrügerisch erworbene Gelder nach Peru zurückgeführt und in einen Fonds einbezahlt wurden. Kasachische Regierungsvertreter haben schon signalisiert, dass sie die Idee wohlwollend prüfen werden. Da das Gerichtsverfahren in den USA auf den Januar 2006 verschoben worden ist, bietet sich die Chance, jetzt präventiv tätig zu werden.

Wir möchten Sie deshalb bitten, die Idee zur Schaffung eines unabhängigen Fonds zu unterstützen, der die Gelder verwalten könnte.

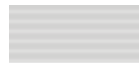
Mit freundlichen Grüßen

Stefan Howald
Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP),
Basel

Alexandr Bossykh
International Economic Academy of Eurasia (IEAE),
Almaty

Dieser Brief wird unterstützt von

- Zauresh Battalova, Mitglied des Senats der Republik Kasachstan
- Ludmila Zhulanova, Präsidentin "Public Committee Against Corruption", Astana
- Serikbolsyn Abdildin, Vorstandsmitglied "For a Fair Kazakhstan", Almaty
- Tolen Tokhtassynov, Vorstandsmitglied "For a Fair Kazakhstan", Semipalatinsk
- Nationalrat Remo Gysin, Vorstandsmitglied der Aktion Finanzplatz Schweiz, Basel
- Brigitte Anderegg, Solifonds, Zürich



SOLIFONDS

- Andreas Missbach, Erklärung von Bern, Zürich



ERKLÄRUNG VON BERN

- Jean-Claude Huot, déclaration de Berne, Lausanne



DÉCLARATION DE BERNE